



Gemeinsame Presseerklärung mit der Humanistischen Union vom 13.08.2003:  
**Bürgerrechtler protestieren gegen unverhältnismäßiges Verhalten der Polizei**

In der vergangenen Woche fand in Köln das Camp des Netzwerkes 'kein mensch ist illegal!' (kmii) statt. Bereits unter der Woche kam es dabei zu Übergriffen seitens der Polizei auf das Camp. Schließlich wurde

es am Samstag durch einen massiven Polizeieinsatz mit weit über 300 Festnahmen und vielen Verletzten beendet. Die Humanistische Union (HU) und JungdemokratInnen/ Junge Linke (JD/JL) protestieren gegen das unverhältnismäßige Verhalten der Polizei. Nachdem die Polizei bereits während des Camps mehrere Male einzelne Camper herausgegriffen und erkennungsdienstlich behandelt hatte, wurde einen Tag vor Ende des Camps eine weitere Eskalationsstufe erreicht. Bei Temperaturen weit über dreißig Grad im Schatten ließ die Polizei sowohl Wasser als auch Strom abstellen und brachte die noch anwesenden Camper in eine für Leib und Leben gefährliche Situation. Sowohl die Behandlung von Verletzungen als auch die Versorgung mit Trinkwasser konnte nicht mehr gewährleistet werden. Erst auf eine Klagedrohung anwesender Sanitäter hin wurde das Wasser wieder angestellt.

Nachdem das antirassistische Camp von der Polizei eingekesselt worden war und einzelnen Personen das Verlassen nur nach freiwilliger erkennungsdienstlicher Behandlung mit Videoaufnahme und der Abnahme von Fingerabdrücken gestattet wurde, griff die Polizei am Samstag zu und räumte das Camp gewalttätig. Hierbei kam es zu zahlreichen Festnahmen mit erkennungsdienstlicher Behandlung.

Hierzu Lena Kreck, Bundsvorsitzende der JD/JL: 'Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Form der staatlichen Repression. Es muss einen Raum für Protest gegen die rassistische Flüchtlingspolitik der BRD geben. Das Vorgehen der Polizei war völlig unverhältnismäßig und setzt sie dem Verdacht aus, Protest gegen die herrschende Flüchtlingspolitik mit staatlichen Gewaltmitteln unterbinden zu wollen und so das Recht auf Meinungsfreiheit mit Füßen zu treten.'

Zwar dürften mittlerweile wieder fast alle der am Samstag Festgenommenen Camper auf freiem Fuß sein, dennoch müssen viele mit einem Strafbefehl rechnen. Auch ist die Polizei nun im Besitz persönlicher Daten aller Festgenommenen, deren weitere Verwendung unklar ist. Dieser Kriminalisierung legitimer Meinungsäußerung und dem unverhältnismäßigen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung treten JD/JL und HU entschieden entgegen.

'Wir erklären unsere Solidarität mit den TeilnehmerInnen des kmii-Camps und fordern die Einstellung der Strafverfahren in Zusammenhang mit den Festnahmen vom Samstag, sowie die Löschung der im Rahmen der erkennungsdienstlichen Behandlung erhobenen Daten', so Kreck weiter. 'Die Eskalation durch die Polizei beim 6. antirassistischen Grenzcamp in Köln stellt einen schweren Angriff auf das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung dar.'